

KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG

Illegales Glücksspiel wirksam bekämpfen

Illegales Glücksspiel, Drogen-Kriminalität und Steuerhinterziehung wirksam bekämpfen – Staatsanwaltschaft, Polizei, Steuerfahndung, Zoll und Ordnungsbehörden müssen zusammen handeln.

Kriminalität zeigt sich in Hamburg in vielfältiger Weise. Organisierte Kriminalität auf den Kiez rund um die Reeperbahn und das dortige Rotlicht-Milieu zu reduzieren bedeutet, neue Formen von Kriminalität entweder nicht zu kennen oder, was problematischer wäre, gar nicht erkennen zu wollen. Die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg, regt seit Langem an, regelmäßig kurzfristig eine Bestandsaufnahme illegaler Aktivitäten vor allem im urbanen Gaststättenbereich vorzunehmen, um daraus aktuelle Schlüsse für gefahrenabwehrende und strafverfolgende Maßnahmen zu ziehen. Das sich daraus ergebende Lagebild kann nur dann vollständig sein, wenn zuvor alle Behörden, die gefahrenabwehrende und strafverfolgende Aufgaben haben, auch daran mitgewirkt haben. Die GdP Hamburg fordert daher gemeinsame Lagebesprechungen zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung von Polizei, Zoll und den Bezirksämtern, Fachbereichen Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt.

GdP Hamburg**Illegales Glücksspiel ist jugendgefährdend**

Insbesondere das Kriminalitätsfeld „illegales Glücksspiel“ zeigt die Vielfältigkeit nicht regelkonformen Handelns. Zwar ist jungen Menschen unter 18 Jahren der Zugang zu Spielhallen untersagt, aber selbst

Jugendliche unter 16 Jahren dürfen sich unbegleitet in Gaststätten aufhalten. Dort haben sie rein faktisch die Möglichkeit, an Geldspielautomaten zu spielen, obwohl dies nicht gestattet ist. Der Betreiber einer Gaststätte, in der solche Geräte stehen, muss die Bedienung der Geräte durch einen Jugendlichen unter 18 Jahren verhindern.

Nach Erkenntnissen der GdP aus Polizeikreisen muss davon ausgegangen werden, dass rd. 50% aller Jugendlichen bereits an Glücksspielen (Geldspielgeräte, Sportwetten usw.) teilgenommen haben. Gefördert wird dies durch den leichten Zugang, z. B. in Imbissen und alterstypische Vorgehensweisen der eigenen sogenannten Peergroup. Dabei ist zu beobachten, dass junge Spieler vorwiegend männlich und Berufsschüler sind sowie nicht selten einen Migrationshintergrund haben.

Kriminalitätsprävention heute heißt: Zusammenhänge erkennen und frühzeitig handeln

Die polizeipraktische Erkenntnislage, auf die sich dieses Positionspapier der GdP Hamburg stützt, zeigt klare Zusammenhänge. Junge Männer mit Migrationshintergrund halten sich gerne in Shisha-Bars auf. Dabei wird nicht selten unversteuerter Tabak gekauft und konsumiert. Bereits um dieses strafbare Verhalten zu ahnden, muss es gemeinsame Einsätze von Zoll und Polizei geben.

Bei etlichen Einsätzen der Vergangenheit wurden interessante polizeiliche Feststellungen gemacht. So fanden sich in illegal geöffneten Shisha-Bars auch oft hochwertige digitale Spieltische, die einen aktiven oder inaktiven Zugang zum Internet aufwiesen. Diese Spieltische eignen sich auch ohne aktiven Internetzugang zum illegalen Glücksspiel. Korrespondierend dazu trugen nicht wenige Barbesucher bei entsprechenden Überprüfungen große Mengen Bargeldes bei sich.

Vor allem unter präventiven Aspekten muss diesem Phänomen Rechnung getragen werden. Die bestehenden gesetzlichen Regularien zum Schutz der Jugend reichen aus, es ist jedoch aufseiten der Gaststätten-



betreiber ein Wissensdefizit und aufseiten der Ordnungsbehörden ein Kontrolldefizit festzustellen.

Konzessionen für Sportwetten müssen kritisch betrachtet werden

Gerade weil es immer wieder zu Kontrolldefiziten kommt, sieht die GdP Hamburg die jüngste Konzessionierung von Sportwetten-Betreibern sehr kritisch. Es mag richtig sein, Betriebe aus der juristischen Grauzone herauszuholen, aber der vom hessischen Innenministerium ausgegebene Grundsatz: „Wer sich an die wichtigen Regeln zum Spieler- und Jugendschutz hält, darf auch legal Sportwetten anbieten“, scheint sehr vom Wunschenken geprägt zu sein.

Legales und illegales Glücksspiel fließen ineinander

Kriminologisch erkennt die GdP Hamburg einen Zusammenhang zwischen einer Subkultur aus legalen und illegalen Spielbetrieben sowie Teilbereichen der organisierten Kriminalität. Wenn insbesondere junge Männer mit Migrationshintergrund durch legale Sportwetten an Glücksspiel herangeführt werden, besteht die Gefahr, dass über dieses legale Spielen der Weg zum illegalen Glücksspiel bereitet wird. Für diese Einschätzung spricht, dass sich oft legale Sport-Wettbetriebe räumlich in unmittelbarer Nachbarschaft zu illegalen Glücksspielstätten befinden.

Jene junge Menschen, die sich, statt Ausbildung und Beruf nachzugehen, vor allem in den Spät- und Nachtstunden mit illegalem Glücksspiel die Zeit vertreiben, können schnell in finanzielle Notlagen geraten und gefährden im Übrigen ihren Ausbildungserfolg. Diese Notlagen können sodann der Auslöser dafür werden, um durch kriminelle Handlungen den Finanzbedarf zu decken oder Wucherkredite abzuzahlen.

Clan-Kriminalität und Glücksspiel

Hinzu kommt, dass polizeiliche Erkenntnisse ein klares Bild vermitteln: Im arabisch dominierten Clan-Milieu, welches eindeutig zum Phänomen Organisierter Kriminalität zuzurechnen ist, finden sich typische Verhaltensweisen. Illegal erworbene Finanzmittel werden unter anderem in legales und illegales Glücksspiel reinvestiert. Die Szene zeigt sich „posend“ mit hochmotorisierten Kraftfahrzeugen und trifft sich häufig in Shisha-Bars. Hier werden auch nebenbei Betäubungsmittel konsumiert. Wenn es das staatliche Ziel ist, Clan-Kriminalität zu bekämpfen, müssen alle Orte und Symbole restriktiv eingeschränkt werden, um den Wortführern und damit auch Vorbildern der Szene zu verdeutlichen, dass ihre Handlungsweisen nicht akzeptiert werden.

Die GdP Hamburg unterstützt einen restriktiven Umgang mit der Szene rund um legales und illegales Glücksspiel. **Um Kriminalität und ordnungswidriges Verhalten besser und vor allem wirksamer verfolgen zu können, fordert die GdP Hamburg:**

1. Regelmäßige Erstellung von Lagebildern zu „illegalen Aktivitäten im urbanen Gaststättenbereich“ unter Einschluss von Erkenntnissen aus dem Bereich Jugendgefährdung, Steuerhinterziehung etc.
2. Regelmäßige gemeinsame Lagebesprechungen zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung von Staatsanwaltschaft, Polizei, Zoll, der Steuerfahndung und den Bezirksämtern, Fachbereichen Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt
3. Regelmäßige Verbundeinsätze von Polizei, Zoll und Ordnungsbehörden
4. Behördliche Rückendeckung für polizeiliches Einschreiten auch bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten
5. Strukturermittlungen im Shisha-Bar-Milieu zur Ermittlung von illegaler Beschäftigung, Verbrauchs unversteuerten Tabaks und ggf. Durchführung illegalen Spielbetriebs
6. Einrichtung einer Spezialabteilung bei der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung illegalen Glücksspiels
7. Konsequente und – auf der Rechtsfolgenseite – deutliche Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten, vor allem im Bereich des Jugendschutzgesetzes
8. Regelmäßige Schulungen der Polizei- und Verbraucherschutzamtsbeschäftigten im Umgang mit dem Phänomen „illegales Glücksspiel“
9. Konsequente Anwendung aller zur Verfügung stehenden Strafverfolgungsmöglichkeiten, z. B. im Bereich der Vermögenssicherstellung
10. Zügige Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitenverfahren im Bereich des Gaststättenrechts, auch mit dem Ziel des Widerrufs der Betriebserlaubnis ■

DP – Deutsche Polizei
Hamburg

Geschäftsstelle
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
Telefon (040) 280896-0
Telefax (040) 280896-18
gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle
Montag bis Donnerstag
8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag
8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
joern.clasen@gdp.de



... von Freunden empfohlen

Die neuen FlexTarife der Reiseveranstalter „Buchen, freuen und nichts bereuen“

Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen, denn aktuell dreht sich bei der Reiseplanung alles um Flexibilität und Sicherheit.

Die Reisebranche reagiert mit besonders kulantem Storno- und Umbuchungsbedingungen für Neubuchungen. Nicht selten können Reiseleistungen bis wenige Tage vor Anreise, ohne Angabe von Gründen, kostenfrei umgebucht oder storniert werden.

Alle Detailinformationen und eine kompetente Reiseberatung, erhalten Sie wie gewohnt, in Ihrem Polizeisozialwerk Hamburg.



Polizeisozialwerk Hamburg GmbH

Hindenburgstr. 49

22297 Hamburg

Tel: 040 / 28 08 96 22

Fax: 040 / 28 08 96 27

Mail: psw-reisen-hamburg@gdp.de

www.psw-hamburg.de





„Es braucht klare Vorgaben zum Schutz vor Überlastung und Selbstausschöpfung.“

DGB STUDIE

Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit – Homeoffice im öffentlichen Dienst besser gestalten!

Im öffentlichen Dienst ist die Arbeit von zu Hause nicht erst seit der Corona-Pandemie ein Thema. Das zeigt die Sonderauswertung „Homeoffice im öffentlichen Dienst“ des DGB-Index Gute Arbeit. Mehr als 20 Prozent der Befragten arbeiten demnach regelmäßig von zu Hause. Mobiles Arbeiten ist für die Beschäftigten reizvoll, birgt nach ihrer Meinung mit Blick auf den Gesundheitsschutz allerdings auch Risiken.

Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand

Befragt wurden zwischen Januar und Mai 2020 rund 1.400 Beschäftigte, die im öffentlichen Dienst tätig sind und bereits vor der Pandemie die Option Homeoffice nutzten. Die Angaben der Befragten beziehen sich daher nicht auf den Corona-Ausnahmestand, sondern auf Homeoffice im Normalbetrieb.

Mehr als ein Fünftel der Befragten (22 Prozent) arbeitet regelmäßig von zu Hause, damit ist Homeoffice im öffentlichen Dienst stärker verbreitet als in der Privatwirtschaft (17 Prozent). Das ist vor allem auf die Beamt*innen zurückzuführen, bei denen der Anteil mit 43 Prozent sehr hoch ist. Bei den Arbeitnehmer*innen im öffentlichen Dienst ist kein bedeutsamer Unterschied zur Privatwirtschaft festzustellen.

Homeoffice beeinflusst laut Befragung dabei die Handlungs- und Gestaltungsspielräume wie auch die Arbeitszeitsouveränität positiv. Beschäftigte, die von zu Hause arbeiten, können demnach ihre Arbeit häufiger selbstständig planen und einteilen. 82 Prozent der Befragten gaben an, die eigene Arbeit in (sehr) hohem Maße selber pla-

nen zu können (in hohem Maß 50 Prozent, in sehr hohem 32 Prozent). Zum Vergleich: Einen hohen oder sehr hohen Einfluss auf die Planung der eigenen Arbeit geben im öffentlichen Dienst 68 Prozent aller Beschäftigten an. Der Wert wird von Beschäftigten im Homeoffice also deutlich übertroffen.

Bezogen auf alle Befragten aus dem öffentlichen Dienst besteht laut Sonderauswertung bei 30 Prozent der Beschäftigten ein unerfüllter Wunsch nach Homeoffice. Dieser Wunsch wird umso häufiger genannt, je höher das Anforderungsniveau der Tätigkeit ist. Klar wird aber auch, dass ein nicht unwesentlicher Teil der Beschäftigten kein Homeoffice wünscht.

Hier gibt es Handlungsbedarf

Vor allem mit Blick auf zwei Aspekte zeigen die Befunde aber auch dringenden Handlungsbedarf auf: Zum einen wird der Support durch Arbeitgeber und Dienstherren häufig als schlecht bewertet. Ein Drittel gibt an, von Vorgesetzten gar kei-

ne oder sehr wenig Unterstützung zu erhalten, um zu Hause arbeiten zu können. Die Befragten geben außerdem an, dass die Nutzung privater Arbeitsmittel im Homeoffice eher die Regel als die Ausnahme ist: Nur 21 Prozent nutzen hier gar keine privaten Arbeitsmittel. Dagegen nutzt mehr als die Hälfte (51 Prozent) ausschließlich private Arbeitsmittel.

Außerdem zeigen sich im Homeoffice deutlich höhere Belastungen durch Entgrenzung und verkürzte Erholungszeiten.

Die Sonderauswertung weist also auf einen Widerspruch hin. Homeoffice im öffentlichen Dienst bringt den Beschäftigten einen größeren Einfluss auf die Gestaltung der eigenen Arbeit, aber auch höhere Belastungen und Gesundheitsrisiken. Die entscheidende Frage ist also, wie Homeoffice gestaltet wird.

„Unser Ziel als DGB ist ein gutes Zusammenspiel von individuellen Gestaltungsrechten und verlässlichen kollektiven Regelungen. Es braucht mehr Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte für Personalräte und Gewerkschaften, etwa bei der Personalplanung oder der Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle. Es braucht klare Vorgaben zum Schutz vor Überlastung und Selbstausschöpfung. Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit muss erfasst werden“, lautet vor diesem Hintergrund das Fazit von **DGB-Vize Elke Hannack**. ■





PANDEMIE

Alle zusammen! Gewerkschaften rufen zu Solidarität auf

Die DGB-Gewerkschaften rufen Hamburgs Beschäftigte zum solidarischen Miteinander auf. „Die gesundheitlich notwendigen Corona-Maßnahmen trennen Kollegen/-innen voneinander.“

DGB Hamburg

In den Produktionshallen muss Abstand gehalten und Kontakte reduziert werden. Andere sehen sich im Homeoffice nur noch per Video. Das darf nicht zu einer Entsolidarisierung führen. Im Gegenteil: Jetzt müssen wir alle noch mehr zusammenrücken. Gemeinsam können wir viel zum Schutz von Beschäftigten erreichen und Arbeitsbedingungen verbessern. Gewerkschaften stehen auch in der Pandemie für starken Zusammenhalt“, so Hamburgs DGB-Vorsitzende Katja Karger.

Ein Schlüssel dazu sei eine funktionierende Mitbestimmung. Karger: „Ob bei drohenden Kündigungen, dem Gesundheitsschutz oder mobilem Arbeiten – bei all diesen Fragen müssen Beschäftigte mitreden und mitentscheiden können. Wir sehen gerade jetzt in der Krise, wie viel das ausmachen kann. Arbeitgeber, die jetzt versuchen, Mitbestimmung zu beschneiden, sagen wir den Kampf an.“

Die Vorsitzenden der acht DGB-Gewerkschaften in Hamburg haben auf einem Pres-

setermin heute einen Überblick über die Situation in den einzelnen Branchen gegeben.

Horst Niens, Vorsitzender GdP Hamburg: „Solidarisches Handeln ist in Zeiten der Pandemie oberste Pflicht. Viele Berufsgruppen und Lobbyisten betonen aktuell, wie besonders schützenswert gerade die von ihnen vertretene Gruppe ist. Ein solcher Wettbewerb spaltet die Gesellschaft. Alle Menschen sollten jetzt Geduld haben und darauf vertrauen, dass die Impfungen gegen COVID-19 in sachlich vernünftiger Reihenfolge umgesetzt werden.“

Schwerpunkte der DGB-Gewerkschaften werden in diesem Jahr sein:

- Sicherung von Beschäftigung und Ausbildung
- Weiterbildung und Qualifizierung neu denken und attraktiv machen
- Guter und effektiver Gesundheitsschutz für alle, egal wo sie arbeiten
- Über die Pandemie hinausdenken: Die Transformation durch Klima oder Digitalisierung läuft
- Demokratie verteidigen – und zwar sowohl gesellschaftlich als auch betrieblich. Mitbestimmung im Betrieb schützt, macht Unternehmen erfolgreicher, flexibler und widerstandsfähiger. ■



Foto: DGB Hamburg

Anzeige

**Notdienst der
Glaser-Innung Hamburg**
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60**



Firmenungebundene
Auftragsannahme



„Seit 1980 gibt es auf Landesebene und in Hamburgs sieben Bezirken ehrenamtliche Interessenvertretungen der Generation 60+“

SENIORENARBEIT

Neuwahlen der Hamburger Seniorenbeiräte in 2021

Am 1. April 2021 sollte eigentlich die neue Amtszeit der Seniorendelegiertenversammlungen und der Seniorenbeiräte beginnen. Sie werden alle vier Jahre nach dem Hamburgischen Seniorenmitwirkungs-gesetz neu gebildet und gewählt. Die Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke (BWFG) hat sich jedoch mit dem Landes-Seniorenbeirat (LSB) Hamburg geeinigt, die laufende Amtszeit des Landes-Seniorenbeirates um drei Monate zu verlängern und die turnusmäßige Wahl ebenfalls um drei Monate nach hinten zu verschieben.

Gundula Thiele-Heckel

Fachbereichsvorsitzende Senioren

Wie in der Vergangenheit erfolgt, kann auch die GdP Hamburg Mitglieder des Fachbereich-Senioren als Delegierte an die sieben Bezirke melden. Die Delegierten müssen allerdings in dem Bezirk ihren Wohnsitz haben, für den sie gemeldet werden. Gibt es mehr als eine/n Interessenten/-in für den jeweiligen Bezirk, können sich diese über eine Unterstützerliste von 20 Unterschriften weiterer Senioren aus dem Bezirk für die Delegiertenversammlung benennen lassen.

Das Verfahren in Zeiten von Corona

In der Regel haben wir die Delegierten der GdP in einer Mitgliederversammlung von euch bestätigen lassen, was jedoch in diesem Jahr aufgrund der Corona-Pandemie vielleicht nicht möglich sein wird.

Als Vorsitzende der Fachgruppe habe ich mit allen Delegierten aus 2017 Kontakt aufgenommen. Bis auf den Bezirk Mitte und Wandsbek haben sich alle für eine weitere Wahlperiode zur Verfügung gestellt. Für den Bezirk Wandsbek werde ich mich nun selbst als Delegierte zur Verfügung stellen, 2017 bin ich über eine Unterstützerliste in die Delegiertenversammlung berufen worden.

Der Bezirk Bergedorf war von uns bisher nicht besetzt, hierfür hat sich Jörg Froh aus

unserem Vorstand bereiterklärt. Durch die Verschiebung wird die neue Amtszeit auf den 1. Juli 2021 festgesetzt. Am 19. Mai ist Abgabe-/Meldeschluss für die Delegierten beim Bezirksamt.

Bis 15. Juli 2021 werden dann in den Bezirken die Wahlen der/des Vorsitzenden der Delegiertenversammlung und der Wahl der elf Mitglieder der Bezirks-Seniorenbeiräte durchgeführt.

Wer sich intensiver engagieren möchte, kann sich bei der Wahl des Bezirksseniorenbeirat als Kandidat/-in zur Verfügung stellen.

Die Seniorenbeiräte kümmern sich u. a. um Probleme im Quartier, nehmen dazu Stellung und müssen von den Bezirksämtern, Behörden und der Politik angehört werden. In den Ausschüssen der Bezirksversammlung haben sie ein Rederecht.

Sind die Wahlen in den Delegiertenversammlungen der sieben Bezirke abgeschlossen, tritt im September 2021 der neue Landes-Seniorenbeirat zusammen.

Die Amtszeit der neu zu bildenden Seniorenvertretungen wird entsprechend um drei Monate verkürzt und endet somit am 31. März 2025.

In zukünftigen Mitgliederversammlungen werden wir immer mal wieder aus den Bezirks- und Landes-Seniorenbeiräten berichten. ■





Foto: GdP Hamburg



WISSEN

Online-Seminarangebot

Was eigentlich schon immer geplant war, machen die aktuellen Umstände nun möglich: Die GdP Hamburg bietet Online-Fortbildungen und Auswahlvorbereitungen in Rechtskunde an.

Jörn Clasen

Natürlich gehört die Wissensvermittlung an der AK auf allen angebotenen Gebieten in die erfahrenen Hände der dortigen Dozenten. Aber hilft es nicht immer wieder, auch über den Tellerrand hinauszuschauen?

Genau diesen Bereich hat sich die GdP Hamburg in Zeiten des E-Learnings auf die Fahne geschrieben. Seit Anfang des Jahres bieten wir dies auch im Bereich des Straf- und Strafverfahrensrechts an.

Bis zu 15 Studentinnen und Studenten, aber auch interessierte Kolleginnen und Kollegen aus der Polizei begeben sich an ausgewählten Fällen in die Tiefen der Jurisprudenz.

Lars Osburg, stellv. Landesvorsitzender und Initiator dieser Online-Ffortbildung: „Wir wollen damit den nächsten Schritt gehen und einen weiteren Vorteil der Mitgliedschaft in der GdP anbieten. Und die große Resonanz gibt uns bereits jetzt Recht. Zukünftig werden wir dies auch auf andere Rechtsgebiete ausweiten.“ ■

SENIORENARBEIT

Absage Mitgliederversammlung März und wichtige Infos

Wie bereits in der Februar-Ausgabe der DP angekündigt, werden wir auch im März keine Mitgliederversammlung durchführen, doch der Fachbereich ist weiterhin für euch aktiv. Wenn zum Beispiel Interesse an der HPJ besteht oder ihr noch einen Kalender benötigt, könnt ihr diesen in der Geschäftsstelle abholen. Ein kurzes Telefonat vorher und alles wird für euch bereitgelegt.

Gundula Thiele-Heckel

Fachbereichsvorsitzende Senioren

Mehr Informationen erhalten

Viele von euch haben eine E-Mail-Adresse, die aber der Geschäftsstelle nicht bekannt ist. Gerade in der Pandemiezeit könnten wir euch schnelle und auch wichtige Informationen zukommen lassen wie aktuell zu den Schutzmasken oder zuletzt im Widerspruchsverfahren der nicht amtsangemessenen

Alimentation. Der Seniorenvorstand hat allein dafür 690 Briefe für die Senioren/-innen gefaltet in ein Kuvert gesteckt und frankiert. Überlegt deshalb einmal, eure E-Mail-Adresse der Geschäftsstelle mitzuteilen.

Zum Beispiel erhalten in Hamburg Bedürftige jetzt einen Zuschuss zu medizinischen Masken und für Menschen mit eingeschränkter Mobilität finanziert die Stadt ab sofort einen Fahrdienst in das Impfzen-

trum in den Messehallen. Dafür ist tgl. von 8 bis 16 Uhr eine Hotline des Deutschen Roten Kreuzes geschaltet.

Des Weiteren bietet die AWO Hamburg älteren Menschen jetzt kostenlose Unterstützung bei der Organisation eines persönlichen Impftermins an. In den Nachbarländern wird es inzwischen ähnliche Angebote geben.

Achtung: Betrüger

Ein Hinweis noch zum Artikel „Thema Grundrente“ in der Ausgabe der letzten DP.

Der Pressesprecher der Deutschen Rentenversicherung Nord warnt vor einer Betrugsmasche. Offensichtlich versuchen Kriminelle, hier im Landkreis Plön/Ostholstein, mit auf den ersten Blick offiziell wirkenden Schreiben und anliegendem Fragebogen an sensible persönliche Daten wie Geburtsdaten und Kontoverbindung zu gelangen. Deshalb noch einmal der Hinweis: Die Rentenversicherung prüft selbstständig, ob ein Anspruch besteht. Auch Berechnung und Zahlung erfolgt automatisch, es besteht somit kein Handlungsbedarf.

Telefonisch oder per E-Mail sind wir für Probleme und Fragen weiterhin für euch ansprechbar. ■

**Hinweis:**

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25j. und 40j. Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung. **Tel.: 040/280896-17**

Anzeige

100 Jahre
GBI

Wenn die Welt auf einmal stillsteht.
Hilfe im Trauerfall – jederzeit.

040 - 24 84 00
www.gbi-hamburg.de

